

KOMMENTAR

Diesel als Klimakiller

Von Joachim Wille

Diesel-Autos sind sparsam, sie schützen das Klima. Mit diesem Argument haben vor allem die deutsche und die französische Autoindustrie den Selbstzünder in den letzten Jahren gepusht. Der Anteil der Dieselmotoren, früher allenfalls für Taxis oder Vertreterautos interessant, stieg bei den Neuwagen rasant an – von 15 Prozent in den 1990er Jahren auf über die Hälfte. Die Diesel-Varianten der Pkw deklassierten die Benziner mit deutlich niedrigeren Verbrauchswerten.

Das Kalkül der Autobauer schien aufzugehen. Der von ihnen beförderte Trend zu immer schwereren und PS-stärkeren Wagen konnte so halbwegs klimafreundlich verkauft werden. Es funktionierte, zumindest auf den Papier. Diesel-Fahrer hatten ein gutes CO₂-Gewissen, und sie bekamen die gute Tat auch noch an der Tankstelle versüßt. Pro Liter zahlt man schließlich 18 Cent weniger Mineralölsteuer. Alles war gut, bis „Dieselgate“ kam. Die Verunsicherung darüber, wieviel Schadstoffe – vor allem Stickoxide – aus dem Auspuff quellen, ist groß, nicht nur bei VW-Fahrern. Doch immerhin, das Klimaargument schien weiter zu stimmen. Aber auch damit ist es vorbei.

Motoren setzen mehr Ruß frei

Die jüngste Untersuchung zu den Treibhaus-Wirkungen der Diesel-Abgase zerstört das Image vom Selbstzünder als Klimaretter. Diesel-Motoren tragen laut der Studie der FH Trier sogar stärker zur globalen Erwärmung bei als Benziner. Der Grund: Sie emittieren zusätzlich Rußpartikel, die in der Atmosphäre ebenfalls aufheizend wirken und die CO₂-Einsparung durch niedrigeren Spritverbrauch mehr als wettmachen. Besonders treffe das bei den vor 2005 gekauften Diesel-Pkw zu, die meist noch gar keine Rußpartikelfilter haben. Aber auch für Diesel mit Filter gelte keine Entwarnung. Verwiesen wird auf französische Untersuchungen. Danach arbeiten 75 Prozent der Filter nicht korrekt. Die Experten halten die Diesel-Strategie für verfehlt sie loben die japanische Autoindustrie. Die biete heute dank der Forcierung der Benzin-Hybrid-Technologie klimafreundlichere Autos als die Europäer an – mit im Schnitt 108 statt 128 Gramm CO₂-Ausstoß pro Kilometer.

Kein Wunder, in der hiesigen Autobranche hört man so etwas gar nicht gerne. Die Konzerne VW, Daimler und BMW halten am Diesel fest, er sei „unverzichtbar“. Und der Chef des Zulieferers Bosch, Volkmar Denner, tönte gar, ein Diesel mit moderner Abgasreinigung sei eine „Luftreinigungsmaschine“. Die Luft, die bei ihm aus dem Auspuff kommt, sei weit weniger mit Rußpartikeln belastet als die angesaugte Luft. Und ein prima Konjunkturprogramm wäre es ja auch, wenn sämtliche Diesel-Fahrer, die früher der Clean-Diesel-Werbung vertrauten, jetzt auf die neuen Autos umsteigen würden. Die, die jetzt sicher wirklich ganz, ganz sauber sind.



Vertrocknete Erde, hier in der Region von Raqqa im Osten Syriens.

REUTERS

Die Katastrophe davor

Vor dem Beginn des Bürgerkriegs litt Syrien jahrelang unter einer schweren Dürre

Von Benjamin von Brackel

Sie kamen aus dem Norden, aus Hasakah und der Region. Sie wurden immer mehr. In einigen Dörfern waren mehr Migranten als Ortsansässige. Sie waren überall zu finden und sie arbeiteten in allen landwirtschaftlichen Projekten. Sie hatten ein schweres Leben, keine Hilfe und sie lebten in Zelten“, erzählt der Bauer Abdul Salam* aus Dar’a. „Sie hatten nichts mit Politik am Hut. Sie gingen zur Arbeit und danach wieder nach Hause.“

Vor zehn Jahren, als sich die Weltöffentlichkeit noch kaum für Syrien interessierte, bahnte sich in dem Land bereits die Katastrophe an. Ab 2006 litt vor allem der Norden unter einer Jahrhundertdürre – fünf Jahre lang. Die Felder vertrockneten, das Vieh starb, die Landwirtschaft brach in vielen Landstrichen zusammen. Kleinbauern und Viehzüchter, 1,5 Millionen sollen es insgesamt gewesen sein, verließen ihre Dörfer, die oft leer zurückblieben. Sie brachen in den Süden auf, ins Umland von Homs. Oder nach Dar’a, wie es Abdul Salam beschrieb, der heute im Flüchtlingslager Zaatari in Jordanien lebt.

Auch nach Damaskus gingen viele, wo sich bereits eine Million Flüchtlinge aus dem Irak angesiedelt hatten. Es verschlug sie also gerade in die Gegenden, wo im Jahr 2011 die Aufstände ausbrachen, die dann in einen blutigen Bürgerkrieg mündeten, in dem bis heute knapp eine halbe Million Menschen umgekommen sind.

Studien aus den USA sehen einen direkten Zusammenhang zwischen Dürre, Migration und Konfliktbeginn in Syrien. Der Klimawandel, so die Botschaft, ist zunehmend auch ein Sicherheitsproblem. „Das Land hat sich zu einem Vorzeigebispiel entwickelt“, sagt die Friedensforscherin Christiane Fröhlich von der Uni-

versität Hamburg. Sie ist in den Jahren 2014 und 2015 mehrfach nach Syrien und in die Flüchtlingslager nach Jordanien gereist, um in Gesprächen mit Bauern wie Abdul Salam, herauszufinden, was wirklich passiert ist.

Das Ergebnis von über 100 Stunden Interviews: Die Hunderttausenden Bauern, die aufgrund der Dürre flohen, strömten nicht etwa in die Städte, sondern vor allem in deren Umland. Auch zeigte sich, dass die Flüchtlinge meist nicht selbst an den Protesten beteiligt waren, sondern sich eher unpolitisch verhielten. „Die vielfach propagierte einfache Kausalität zwischen Dürre, Migration und Konfliktausbruch in Syrien lässt sich so nicht halten“, sagt Fröhlich. „Zwar nahm die Binnenmigration tatsächlich während der Dürre zu, doch weder war die Dürre ihr einziger Auslöser, noch waren es die ‚Klimamigranten‘, die die Proteste initiierten.“

Das Assad-Regime hatte Subventionen gestrichen und die Energiepreise angehoben

Zumindest nicht unmittelbar: Klimaexperten wie Stefan Rahmsdorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung betonen, dass an den neuen Wohnorten der Flüchtlinge mangels politischer Reaktionen Arbeitslosigkeit, Überfüllung, Infrastrukturmängel und Kriminalität herrschten – die in der Folge zur Unzufriedenheit der Bewohner und damit zur syrischen Revolte beitrugen. Fröhlich bestreitet das gar nicht. Ihr ist allerdings die Feststellung wichtig: Es waren nicht die Migranten, die Unruhe stifteten.

„Die syrische Regierung hat praktisch nichts unternommen, um die Folgen der Dürre abzumildern“, sagt Fröhlich. Im Gegenteil: Das Assad-Regime hatte Sub-

ventionen gestrichen und die Energiepreise angehoben, nachdem die Einkommen aus dem Ölgeschäft zurückgegangen waren. Als die Dürre kam und vielerorts der Grundwasserspiegel um mehrere Meter sank, zahlte sich das heim. Die Bauern konnten nun das Benzin nicht mehr bezahlen, mit dem sie die Pumpen betrieben, welche das Wasser aus den Brunnen holten.

Im Osten des Landes wiederum rückte wegen massiver Überweidung die Wüste vor. Proteste wegen steigender Lebensmittelpreise, die sich nach dem Vorbild des „Arabischen Frühlings“ entwickelten, wurden blutig niedergeschlagen. „Die Regierung hat den Norden verarmen lassen“, sagt Fröhlich. Erst die falsche Politik der Regierung habe Bedingungen geschaffen, unter denen die Dürre in Syrien voll einschlagen und zu dem heutigen Chaos beitragen konnte. Die Botschaft von Fröhlich: Die Klimamigration hätte verhindert werden können. Das zeige das Beispiel Jordaniens, eines der wasserärmsten Staaten, der ebenfalls von der Dürre heimgesucht wurde, aber stabil blieb. „Die effektive Anpassung an die Folgen des Klimawandels ist nur möglich ist, wenn gleichzeitig die sozialen, politischen und ökonomischen Bedingungen einbezogen werden“, schlussfolgert die Friedensforscherin.

Zu einem ähnlichen Ergebnis war im vergangenen Jahr eine Studie in der Fachzeitschrift PNAS gekommen, die einen wichtigen Grund für den massiven Einbruch der syrischen Landwirtschaft in einer verfehlten, nicht nachhaltigen Agrarpolitik sieht: Wie Satellitendaten zeigten, wurden die Grundwasservorräte übernutzt, was Syrien dann sehr anfällig in der Dürre machte. Der Fluss Chabur, ein Zufluss des Euphrat, trocknete aus. Später versagte das Regime dabei, den von

der Dürre betroffenen Menschen zu helfen. Die Studie deutet am Ende indes etwas an, was Fröhlich in dieser Direktheit bestreitet: Dass es sich um einen ersten Klimakrieg handeln könnte.

Weltweit nehmen Dürren zu, sagt der Vizepräsident des Deutschen Wetterdienstes Paul Becker. Wie aus einer globalen Beobachtung aller Dürren zwischen 1952 und 2013 hervorgeht, würden die Dürren besonders oft dort auftreten, wo es ausgesprochene Regen- und Trockenzeiten gibt. Vor allem in Afrika, Brasilien, im Mittelmeerraum, an der amerikanischen Pazifikküste und in Indonesien würden sie zunehmen. Der Nahe Osten nimmt dabei eine besondere Rolle ein: Er wird in spätestens 25 Jahren von einer dramatischen Wasserkrise betroffen sein, sagte eine Studie des Washingtoner World Resources Institute im vergangenen Jahr voraus. 14 der weltweit 33 am stärksten von Wasserknappheit bedrohten Länder liegen demnach zwischen dem Mittelmeer und dem Indischen Ozean, darunter Israel, Palästina und Saudi-Arabien.

Schuld an der Wasserknappheit sei auch der Klimawandel, vermuten die Studienautoren: In vielen Regionen nähmen Wetterextreme zu; die Folge seien Dürren und Starkregen mit Überschwemmungen. Hinzu kommen eine wachsende Bevölkerung in vielen Regionen und der damit einhergehende steigende Wasserverbrauch vor allem in der Landwirtschaft. Eine Gemengelage, die für Konflikt sorgt – von Klimakrieg wollen aber nicht alle reden.

*Name geändert

Benjamin von Brackel ist Redakteurin beim Online-Magazin klimaretter.info, mit dem Frankfurter Rundschau die Kooperation zu den Themen Klima und Umwelt intensiviert.